

Last und Nutzen der Vergangenheit

Der Historikerstreit in der alten Bundesrepublik. Vor 40 Jahren reagierte Jürgen Habermas mit einem Zeitungsartikel auf eine revisionistische Offensive rechter Geschichtsdeuter

Von Daniel Bratanovic

Um die Mitte der 1980er Jahre, also in ihrer Spätphase, war die alte Bundesrepublik immer noch bloß Randgebiet, NATO-Provinz, Frontstaat. Ökonomisch erfolgreich, aber politisch bestenfalls Mittelgewicht, bildete dieses Westdeutschland – aufgebaut mit alten Nazikadern und seit 1973 gerichtlich anerkannter Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs – ein politisches Gefüge, das sich nach Auffassung seiner maßgeblichen Repräsentanten in Gefangenschaft einer verlängerten Nachkriegszeit befand, woraus auszubrechen unumgänglich schien, wenn erneuerte Weltgeltung das Ziel hieß. Das setzte nicht zuletzt voraus, sich zur jüngeren Vergangenheit, jenen zwölf Jahren »Tausendjähriges Reich«, offiziell zu verhalten und nationale Identität neu zu stiften.

Zwei Auswege waren denkbar: Bekenntnis der Schuld oder Entsorgung der Vergangenheit. Richard von Weizsäcker, damals Bundespräsident, stand für die erste Option, auch in Sorge um die Geschäftsinteressen deutscher Firmen, deren Aktivitäten während der Nazizeit – die Beschäftigung von zu Tode geschundenen Zwangsarbeitern –, noch zum Problem (Entschädigungsforderungen der Hinterbliebenen) hätten werden können. Georg Fülberth schrieb damals: »Sehr gut weiß der Leitende Angestellte von Mannesmann und Boehringer, der inzwischen für die Villa Hammerschmidt freigestellt wurde, was Not tut. Am 8. Mai 1985 gab er eine Schuld zu, die ohnehin nicht mehr zu verschweigen war. Namen und Adressen der Sklavenbeschäftigten nannte er noch nicht, aber immerhin, er bemühte sich, die Nachkriegszeit endgültig abzuschließen, denn es gilt längst schon wieder vorwärts zu schreiten.«

Die Rede, die Weizsäcker da am 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches im Bundestag in Bonn gehalten hatte, war weit entfernt von einer kritischen Faschismusanalyse, doch reichten ein paar Sätze hin – »der 8. Mai war ein Tag der Befreiung«, die ausdrückliche Nennung des Widerstands der Kommunisten –, um sie für Leute aus dem eigenen politischen Lager zum Affront zu machen. Denen war schon der bloße Akt zuwider. Das CSU-Organ *Bayernkurier* hatte im Vorhinein verkündet, den 40. Jahrestag feierlich zu begehen, wäre »blasphemisch und würdelos«, wäre »nationale Selbsterniedrigung«, »nützliches Idiotentum im Sinne Lenins«. Das Blatt empfahl einen zentralen Gottesdienst als adäquaten Rahmen für »Trauer,

Besinnung und Gebet«, wie übrigens so ähnlich auch die *FAZ* (»Am angemessensten wären Gebetsstunden in Kirchen, ohne Politikerreden ...«). Und tatsächlich hielten die beiden Kirchen dann eine gemeinsame Messe im Kölner Dom ab, bei der Kardinal Höffner den Schlussstrichbefürwortern seinen Segen erteilte: »Wir sollten vergangene Schuld und gegenseitig zugefügtes Unrecht nicht immer wieder selbstquälerisch hervorholen ...«

Wie war das zu verstehen? Dass christliche Nächstenliebe so stark zu sein habe, dass nun auch über das Unrecht, das die Häftlinge der SS und die Zwangsarbeiter den deutschen Kapitalisten angetan hatten, endlich geschwiegen werden dürfe?

»Versöhnung über den Gräbern«

Doch geschwiegen wurde ohnehin nicht. Denn wer tapfer gekämpft hatte, dessen sollte dann schon auch ehrenvoll gedacht werden. Das bewies die Versöhnungsinszenierung am 5. Mai, drei Tage vor Weizsäckers Rede, an der Kriegsgräberstätte in Bitburg, zu der Bundeskanzler Helmut Kohl US-Präsident Ronald Reagan geladen hatte.

Als herauskam, dass dort nicht nur Soldaten der Wehrmacht begraben lagen, sondern zugleich Angehörige der Waffen-SS, darunter, einem Bericht der *New York Times* zufolge, auch Mitglieder jener SS-Panzerdivision, die das Massaker im französischen Oradour-sur-Glane verübt hatte, war das ein gesellschaftlicher Skandal – hüben wie drüben. Ob intendiert oder nicht, ein solcher Vorgang musste als öffentliche Rehabilitierung nicht nur der Wehrmacht, sondern auch der Waffen-SS verstanden werden, und so verstanden es auch Holocaustüberlebende und jüdische Organisationen in den USA. In Reaktion auf den dortigen öffentlichen Druck forderten mehr als 50 US-Senatoren und eine breite Mehrheit des Repräsentantenhauses den Präsidenten auf, den Besuch der Kriegsgräberstätte abzusagen.

Hinter den Kulissen allerdings insistierte die deutsche Seite, und Reagan kam zusammen mit dem Kanzler nach Bitburg. Beide legten Kränze ab, die hochdekorierten Generäle und Kriegsveteranen Matthew B. Ridgway und Johannes Steinhoff reichten sich die Hände – »Versöhnung über den Gräbern«, wie Kohl das nannte. Kurz zuvor allerdings hatten Reagan und Kohl die Gedenkstätte Bergen-Belsen besucht und sich vor den Opfern des faschistischen Terrors verneigt – ein Programmpunkt, der anfangs gar nicht vorgesehen war. Die *FAZ* hatte bereits am 18. April herausgefunden, dass hinter all dem die Sowjetunion steckt, und säuerlich notiert: »Gerade ist ihr gelungen, gegen Präsident Reagan so starken Druck aus Teilen der Öffentlichkeit in Europa und den Vereinigten Staaten zu entfesseln, dass er – entgegen seiner wohlbegründeten ursprünglichen Absicht – (...) ein ehemaliges Konzentrationslager besuchen muss.«

Mochte der Besuch in Bergen-Belsen der *FAZ* und dem neokonservativen Stahlhelmflügel in den Unionsparteien missfallen haben, sie konnten insgesamt zufrieden sein. Das Signal, das von Bitburg ausging, entsprach ihren Absichten: Vom Kampf der faschistischen Wehrmacht gegen die Sowjetunion in der Schlussphase des Krieges wurde eine direkte Linie gezogen zur gemeinsamen Verteidigung gegen den gleichen Feind. Jürgen Habermas schrieb damals: »(...)

der Händedruck der Veteranengeneräle in Gegenwart des amerikanischen Präsidenten war schließlich eine Bestätigung dafür, dass wir im Kampf gegen den Bolschewismus immer schon auf der richtigen Seite gestanden haben.«

Das war also die unmittelbare Ausgangslage, als etwa ein Jahr später eine orchestriert vorgetragene Revision des Geschichtsbildes anhub. Der Streit, der sich da ab dem Sommer 1986 unter Historikern entspann und nicht etwa in Fachzeitschriften, sondern in bürgerlichen Zeitungen, oft genug in deren Leserbriefspalten, ausgetragen wurde, verbrämte sich als wissenschaftlich. Dabei konnte sich keiner der Beteiligten auf neu erschlossene Quellen oder neue Forschungsergebnisse berufen, die es erforderlich gemacht hätten, den bisher erreichten Stand der Kenntnis über den deutschen Faschismus zu revidieren. Es ging vielmehr von Anfang an um eine geschichtspolitisch interessierte Neubewertung auf der Grundlage einer anders gearteten Interpretation bekannter Tatsachen.

Am 6. Juni 1986 veröffentlichte der West-Berliner Historiker Ernst Nolte, der sich mit der rein ideengeschichtlich-phänomenologischen Vergleichsstudie »Der Faschismus in seiner Epoche« hervorgetan hatte, in der *FAZ* den Artikel »Vergangenheit, die nicht vergehen will«. Am 11. Juli dann erschien in der *Zeit* von Habermas der Essay »Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung«. Es ist üblich geworden, diese beiden Texte als das maßgebliche Material beziehungsweise deren jeweilige Autoren als die entscheidenden Kontrahenten des Historikerstreits zu betrachten. Die Einschätzung geht nicht fehl, lässt aber außer acht, dass Noltes Vorstoß nur einer unter mehreren war. Der Angriff zur Umwertung der faschistischen Vergangenheit erfolgte an drei Fronten.

Hillgrubers Verantwortungsethik

Schon im April war in der *Welt* eine Artikelserie des Kölner Historikers Andreas Hillgruber erschienen, die der Siedler-Verlag unter dem Titel »Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reichs und das Ende des europäischen Judentums« veröffentlichte. Die Wahl der Überschrift gibt bereits einen Wink, welche Wertung und Gewichtung Hillgruber in dieser zweigeteilten Studie vornimmt. Habermas, der im besagten *Zeit*-Artikel zunächst den Kölner Geschichtsdeuter attackiert, bevor er Noltes Thesen beschaut, drückte sich so aus: »Der in der Rhetorik von Kriegsheftchen beschworenen ›Zerschlagung des Deutschen Reiches‹ (...) steht das nüchtern registrierte ›Ende des europäischen Judentums‹ gegenüber. Die ›Zerschlagung‹ verlangt einen aggressiven Gegner, ein ›Ende‹ stellt sich gleichsam von selber ein. (...) Dort die nicht-revidierten, unausgedünsteten Klischees eines aus Jugendentagen mitgeführten Jargons, hier die bürokratisch gefrorene Sprache.«

Hillgruber hatte ein Identifikationsproblem, und sein argumentativer Fluchtpunkt war die beklagenswerte geopolitische Situation der Bundesrepublik des Jahres 1986. Um dorthin zu gelangen, fühlte er sich in der Lage der Deutschen im letzten Kriegsjahr ein, genauer: in die Lage derer, die bis fünf nach zwölf an der Ostfront kämpften, um das deutsche Volk vor der kommenden Katastrophe zu bewahren, die da in Gestalt der Roten Armee als einer morddurstigen Rächerhorde heranzog. Zu einem Zeitpunkt, als die Heeresgruppe Mitte, »bisher das Ostpreußen schützende militärische

Bollwerk«, im Zuge der sowjetischen Offensive im Sommer 1944 zerschlagen war, als also »der Roten Armee der Weg nach Ostpreußen schon fast frei schien«, hätten die »Männer des 20. Juli« mit ihrem Attentat auf Hitler eine »gesinnungsethische« – und man darf unterstellen: für Hillgruber eine verantwortungslose – Haltung an den Tag gelegt. Dagegen steht »die verantwortungsethische Position der Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister, aus deren Sicht alles darauf ankam, (...) das Schlimmste zu verhindern: die drohende Orgie der Rache der Roten Armee an der deutschen Bevölkerung«. Ihnen gehört Hillgrubers Sympathie: Der Historiker »muss sich mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich identifizieren, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee, den Massenvergewaltigungen, den willkürlichen Morden und den wahllosen Deportationen zu bewahren«.

Da spricht einer, der das verlogene Schreckbild vom Bolschewismus tief verinnerlicht hat. Ohne die Spur eines Beweises, ohne Verweise auf eine entsprechende Militärdoktrin oder einen demgemäßen Befehl aus dem Oberkommando der Roten Armee aus den Kriegsjahren dichtet Hillgruber der UdSSR generell »Kriegsvorstellungen« an, die »barbarische Züge« besessen haben sollen. Implizit ist zudem ausgesagt, dass aus dem Krieg im Osten zu jenem Zeitpunkt ein Verteidigungskrieg geworden sei, als die Rote Armee die Grenze des Deutschen Reichs überschritt – »ein frei erfundener Krieg im nationalen Interesse«, bemerkte dazu der DDR-Historiker Kurt Pätzold in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*. Die von Hillgruber angerufenen »Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister« taten aber, »indem sie die Verteidigung auch des letzten Steinhaufens, Waldstreifens oder Gebüschs verlangten«, in Wahrheit »exakt das, was ihnen aus dem Führerbunker tagaus und tagein befohlen wurde« (Pätzold). Und waren diese »Befehlshaber, Landräte und Bürgermeister« nicht von Anfang an willfährige Erfüllungsgehilfen und Statthalter des faschistischen Regimes? Hatten nicht auch sie ihren Anteil an den Massenverbrechen auf sowjetischem Territorium? Hatten sie nicht auch ihre Rolle gespielt bei der Ausbeutung der Kriegsgefangenen, bei der Denunziation von Antifaschisten und Kriegsgegnern? Das alles interessiert Hillgruber so wenig wie das Schicksal jener deutschen Soldaten, die im Kriegsjahr 1945 in wachsender Zahl desertierten, um dem sinnlosen Verheizen zu entgehen, und dabei Opfer der Wehrmachtsjustiz und der kurzen Prozesse wurden.

Die Kriegspraxis des Durchhaltens »bis zum letzten Mann und zur letzten Patrone« (Pätzold) war nach Hillgruber nicht also die einer immer noch leidlich funktionierenden faschistischen Kriegs- und Terrormaschinerie, sondern die edle Tat von »Verantwortungsethikern«, geleitet von der Sorge um das Wohl der deutschen Zivilbevölkerung.

Stalin zuvorkommen

Dass der Kölner Historiker mit dem guten Draht zu Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß das selbst nicht ganz glaubt, stellt er zum Ende des ersten Teils seiner Ausführungen unter Beweis. Denn das »deutsche Ostheer« verfolgte noch eine ganz andere Mission, führte nämlich einen »verzweifelten

Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Großmachtstellung des Deutschen Reichs, das nach dem Willen der Alliierten zertrümmert werden sollte«. So ist denn aus einer vorgeblich humanitären und defensiven Kriegsangelegenheit unversehens ein geopolitisches Problem geworden. Die Westmächte hätten nicht erkannt, dass durch den Vormarsch der Roten Armee »ganz Europa der Verlierer der Katastrophe von 1945« wurde. Weshalb es auch 40 Jahre später eine offene Frage sei, ob »jemals eine Rekonstruktion der zerstörten europäischen Mitte – als Voraussetzung für eine Rekonstruktion ganz Europas oder aber als Konsequenz einer in Gang kommenden Rekonstruktion des ganzen Europa – möglich sein wird«.

Hillgrubers Revisionismus besteht in der willkürlichen Ablösung des letzten Kriegsjahres vom 1939 beziehungsweise 1941 begonnenen Raub-, Versklavungs- und Vernichtungskrieges des faschistischen Deutschlands und dem Bekenntnis zur Abwehr der Roten Armee bis zum bitteren Ende. Wer nun aber glaubt, nachweisen zu können, dass der Krieg gegen die Sowjetunion kein Aggressionskrieg war, sondern von Anfang an eine präventive Verteidigungsmaßnahme, muss sich diesem Problem gar nicht erst stellen. Von der Nazipropaganda einmal abgesehen, war diese These in der Bundesrepublik bis dato dem neofaschistischen Spektrum vorbehalten geblieben. Ein Jahr vor dem Historikerstreit allerdings hatte die CSU auf einer eigens anberaumten Pressekonferenz in Bonn ein Buch des Grazer Sozialphilosophen Ernst Topitsch beworben. Unter dem vielsagenden Titel »Stalins Krieg« wird darin behauptet, Nazideutschland habe einen Präventivkrieg gegen »Moskaus Griff nach der Weltherrschaft« unternommen, Hitler sei Stalin nur knapp zuvorgekommen. Die Resonanz war gering, die Fachwissenschaft desinteressiert. Wer war schon Ernst Topitsch?

Aber im Sommer 1986 wurde in der *FAZ* ein erneuter Anlauf unternommen – mit den gleichen Argumenten, ohne Substanz. Günther Gillessen, Redakteur der Zeitung, sowie Joachim Hoffmann, Wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, beriefen sich zustimmend auf zwei Aufsätze des sowjetischen Überläufers Viktor Suworow, die in der britischen Militärfachzeitschrift *RUSI Journal* erschienen waren. Gillessen befand in seinem Leitartikel »Der Krieg der Diktatoren. Wollte Stalin im Sommer 1941 das Deutsche Reich angreifen?«, die These von einer sowjetischen Angriffsabsicht habe durch die Darlegungen Suworows »an Plausibilität gewonnen«, was ihn zu dem politischen Schluss gelangen lässt, die Deutschen könnten sich von einer »besonderen Friedensschuld« gegenüber der Sowjetunion endlich losmachen. Hoffmann wiederum durfte seine im Grunde identische Sicht lediglich in einem – gleichwohl sehr langen – Leserbrief (»Stalin wollte den Krieg«) verbreiten: Die Rote Armee habe »mit einem Offensivaufmarsch begonnen«, so dass »im Sommer 1941 der eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit hatte, dem anderen Aggressor zuvorzukommen«.

Hier klingt und klirrt die Totalitarismustheorie mit deutlicher Schlagseite zugunsten des Naziregimes. Wie schon bei Hillgruber sind damit Kontext und Intention des Krieges abgespalten und ausgeblendet, wird dem faschistischen Unternehmen ein Schein von Legitimation ausgestellt und die ursprüngliche Schuld an den katastrophalen Entwicklungen dem Bolschewismus zugewiesen.

Ausgenommen davon war bis hierher indes die Vernichtung des europäischen Judentums durch den Nazistaat. Ließe sich aber einfallen, neben dem Präventivkrieg auch noch einen »Präventivmord« zu behaupten und implizit zu rechtfertigen?

Hitler und der Rattenkäfig

Auftritt Nolte in der *FAZ* mit einer »Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte«. Wer vom westdeutschen Historikerstreit sonst nichts weiß, weiß um diese Sätze: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ›asiatische‹ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ›asiatischen‹ Tat betrachteten? War nicht der ›Archipel GULag‹ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ›Klassenmord‹ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ›Rassenmords‹ der Nationalsozialisten? Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, dass er den ›Rattenkäfig‹ nicht vergessen hatte? Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?«

»›Asiatische‹ Tat«? »Rattenkäfig«? Den argumentativen Vorgang bei Nolte nachzuzeichnen, fällt nicht leicht, weil nicht ernsthaft von Argumentation, sondern vielmehr von Suggestion die Rede zu gehen hat; »abstruse Assoziationsketten« (Eberhard Jäckel) anstelle einer bündigen Beweisführung, die angesichts des historischen Materials denn auch schlicht unmöglich wäre.

Nolte erwähnt in seinem Text recht unvermittelt Max Erwin von Scheubner-Richter, eine der Führungsfiguren in der Frühphase der NSDAP und bis zu seinem gewaltsamen Tod im November 1923 einer der engsten Mitarbeiter Hitlers, der 1915 als deutscher Konsul im türkischen Erzerum Zeuge der Deportationen der armenischen Bevölkerung geworden sei, die den Beginn des Völkermordes an den Armeniern markierten. Nolte zitiert den Biographen Scheubner-Richters, der von der »sich vollziehenden Katastrophe« schreibt, »in der ein Volk Asiens mit dem anderen nach asiatischer Art, fern von europäischer Zivilisation, sich auseinandersetzte«, und fragt sich daraufhin: »Was konnte Männer« – er meint Himmler, Rosenberg und Hitler – »die einen Völkermord, mit dem sie in nahe Berührung kamen« (in Wahrheit gar nicht sie, sondern der bereits verstorbene Scheubner-Richter), »als ›asiatisch‹ empfanden, dazu veranlassen, selbst einen Völkermord von noch grauenvollerer Natur zu initiieren?« Noltens Antwort ist der »Rattenkäfig«. Hitler habe nach der Niederlage von Stalingrad diesen Rattenkäfig erwähnt, der gefangene deutsche Offiziere zu Geständnissen und zur Zusammenarbeit bringen würde. Damit gemeint sei nicht die Lubjanka, die Zentrale des sowjetischen Geheimdienstes, sondern ein reales Gehäuse, wie von George Orwell in »1984« beschrieben. Nolte: »Man bringt einen Käfig vor seinen Kopf, in dem eine vor Hunger halb irrsinnig gewordene Ratte sitzt. Der Vernehmungsbeamte droht, den Verschluss zu öffnen.« Diese Geschichte habe Orwell sich nicht etwa ausgedacht, »sie findet sich an zahlreichen Stellen der antibolschewistischen Literatur über den russischen Bürgerkrieg«.

So, müssen wir mit Nolte also annehmen, erklärt sich die Motivation für die Schoah aus einer Angst der Nazigrößen vor einem »Rattenkäfig«, der in der antibolschewistischen Schauerliteratur auftaucht. Man fragt sich auch 40 Jahre

nach seinem Erscheinen, warum ein Artikel, der in Wahrheit der Gattung surrealer Dichtung angehört, im Zentrum einer intellektuellen Debatte steht, die als eine der wichtigsten in der deutschen Nachkriegsgeschichte gilt. Dass dies indes nicht die zufällig in der *FAZ* gelandeten revisionistischen Gaga-Thesen eines schrulligen Professors waren, bezeugt der Beifall, den Nolte von verschiedener Seite erhielt. *FAZ*-Herausgeber Joachim C. Fest verteidigte den Historiker gegen die Kritik von Habermas unter anderem mit dem Hinweis, dass Hitler selbst immer wieder »die Praktiken der revolutionären Gegner von links als Lehre und Vorbild bezeichnet hat«, das Verbrechenregister des Bolschewismus enorm sei und die »Rituale einer flachen Unterwürfigkeit« der Deutschen aufzuhören hätten.

Während Hillgruber, von Habermas und Wolfgang Mommsen abgesehen, von den Attacken (links-)liberaler und sozialdemokratischer Historiker verschont blieb (nicht so von der politischen Publizistik) und die Kritik der Präventivkriegthese wegen der Zweitklassigkeit ihrer Verfechter eher randständig verlief, konzentrierten sich die liberalen Gegner des Geschichtsrevisionismus auf Nolte. Eine Blütenlese. Heinrich August Winkler: »absurde Behauptungen«; Auschwitz als Antwort auf den Archipel GULag entspreche »dem Raisonement deutscher Stammtische«; Nolte treibe ein »nationalapologetisches Bedürfnis« um. Eberhard Jäckel: »Was man uns suggerieren will, ist die These vom Präventivmord. Aber sie ist so falsch wie die vom Präventivkrieg ...«. Jürgen Kocka: »intellektuelle Bocksprünge«. Hans Mommsen: Nolte bewege sich »in einem Feld, in dem alle irgendwie gegen den Bolschewismus gerichteten Handlungen als solche gerechtfertigt erscheinen ...«

Zweierlei Verantwortung

Habermas endlich, der den ganzen Streit mit seinem in der *Zeit* am 11. Juli veröffentlichten Widerspruch recht eigentlich erst ausgelöst hatte, warf in einem zweiten, ebenfalls in der *Zeit* veröffentlichten Artikel vom 7. November 1986 die Frage auf, warum Fest als *FAZ*-Herausgeber »jener Art von Aufrechnungen, die bisher nur in rechtsradikalen Kreisen zirkulierten, in aller Öffentlichkeit einen offiziellen Anstrich« verleihe. Die Erklärung lautet, Noltés Thesen besäßen für die »Ideologieplaner« einen großen Vorzug: »Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Naziverbrechen verlieren ihre Singularität dadurch, dass sie als Antwort auf (heute fortdauernde) bolschewistische Vernichtungsdrohungen mindestens verständlich gemacht werden. Auschwitz schrumpft auf das Format einer technischen Innovation und erklärt sich aus der ›asiatischen‹ Bedrohung durch einen Feind, der immer noch vor unseren Toren steht.«

Dabei wusste Habermas ziemlich genau, dass auch er Geschichtspolitik betrieb und das Bekenntnis der nationalen Schuld als unverzichtbar für die nationale Identität erachtete: »Die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte. Stabilisiert wird das Ergebnis nicht durch eine deutsch-national eingefärbte NATO-Philosophie. Jene Öffnung ist ja vollzogen worden durch Überwindung genau der Ideologie der Mitte, die unsere Revisionisten mit ihrem geopolitischen Tamtam von der ›alten europäischen Mittellage der Deutschen‹ (Michael

Stürmer) und »der Rekonstruktion der zerstörten europäischen Mitte« (Hillgruber) wieder aufwärmen.«

Zu sagen, die Habermas-Linie habe sich letzten Endes durchgesetzt, wäre weder vollständig richtig noch falsch. Denn drei Jahre, nachdem der Historikerstreit schon wieder abgeflaut war, wurde die Politik der Geschichte von der Geschichte der Politik überrollt. Mit dem 9. November 1989 schien »der unbefleckte Wiedereintritt in die Weltgeschichte« (Eike Geisel) wieder möglich, stellte sich die Frage nach der »Rekonstruktion der zerstörten europäischen Mitte« ganz real. Indessen anders, als sich das die Stahlhelmlleute von 1986 gedacht hatten. »Die Übernahme historischer Verantwortung wurde eine Art Blankovollmacht für eine neue Rolle in der Weltpolitik« (Claus Leggewie). Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz erfolgte der erste größere Militäreinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg, und in der Mitte Berlins steht seit 2005 ein »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, von dem der im Historikerstreit an der Seite von Habermas engagierte Eberhard Jäckel 2010 sagte: »In anderen Ländern beneiden manche die Deutschen um dieses Denkmal.«

Daniel Bratanovic ist jW-Chefredakteur. Er schrieb an dieser Stelle zuletzt am 13./14. und 15. Dezember 2025 über den Deutschen Bauernkrieg: [»Der Kampf um die Rente«](#) und [»Der erste Anlauf«](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/525880.geschichtspolitik-last-und-nutzen-der-vergangenheit.html>